

# Litauen

Wim van Meurs

Die Präsidentschaftswahlen nach der Amtsenthebung von Rolandas Paksas wurde zur Ost-West-Konfrontation: Altpräsident und Exillitauer Valdas Adamkus gewann die Stichwahl am 27. Juni 2004 mit nur 52,5 % gegen Kazimira Prunskiene (Bauernunion/Neue Demokratie) mit ihren Verbindungen zu Paksas und seinem pro-russischen Umfeld. Im Vorfeld wurde Paksas selbst zum politischen Amokläufer, nicht nur weil er in seinen letzten Tagen im Amt versuchte, per Dekret ein Amtsenthebungsverfahren gegen Interimspräsident Arturas Paulauskas zu eröffnen, sondern vor allem auch, weil die Liberal-Demokratische Partei als seine persönliche Partei ihn mit 353 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen als ihren Präsidentschaftskandidaten nominierte. Noch im gleichen Jahr, am 10. Oktober, wählte Litauen sein nationales Parlament (Seimas) nach einem gemischten Wahlrecht aus Verhältniswahl und Direktkandidaten, was die geringe Beteiligung von unter 50 % erklären mag. Überraschender Sieger war die neu gegründete Arbeitspartei des russischen Millionärs Viktor Uspaskich mit fast 30 %. Das Bündnis „Arbeit für Litauen“ der sozialdemokratischen und sozialliberalen Regierungsparteien musste mit einem Minus von mehr als 20 % dagegen herbe Verluste hinnehmen. Anders als die oppositionelle Vaterlandsunion (Konservative) scheiterten die christdemokratischen Parteien an der 5 %-Klausel. Ungeachtet dieses Denkkzettels der litauischen Wähler hieß der neue wie der alte Premier Brazauskas. Die neue, seit dem 14. Dezember 2004 amtierende Regierung wurde auf eine noch breitere Basis gestellt und umfasst neben dem Wahlbündnis auch die Bauernunion/Neue Demokratie und die Arbeitspartei. Somit ist es kaum verwunderlich, dass die demokratische Funktion des Parlaments der Exekutive gegenüber bislang wenig ausgeprägt war.<sup>1</sup>

## Europapolitik

Nach dem Beitritt setzte sich das litauische Parlament mit der Euro-Zone und dem Schengener Abkommen neue Integrationsziele. In Litauen stellten die Europawahlen vom 13. Juni 2004 die Volatilität der politischen Landschaft unter Beweis. Die neue Arbeitspartei von Viktor Uspaskich mit einem Sitz im nationalen Parlament gewann gleich 5 EP-Sitze. Insgesamt 7 Sitze gingen an linke Protestparteien und nur 6 an die Regierungskoalition. Die hohe Wahlbeteiligung von 48 % war wohl eher der Zusammenlegung mit den Präsidentschaftswahlen zu verdanken. Das Ergebnis der parlamentarischen Abstimmung über die europäische Verfassung am 11. November 2004 zeigte, dass die Wähler und die Politiker gleichermaßen begeistert sind: 84 Ja-, 4 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen (Mai 2003, 92 % Ja-Stimmen für den Beitritt).

## Wirtschaft, Privatisierung und Handel

Nach dem rasanten Wachstum im Vorjahr schien sich die Wirtschaftsentwicklung in Litauen 2004 etwas zu beruhigen. Das BSP stieg lediglich um 6,6 % und die ausländischen Direktinvestitionen um 13 % (vor allem aus Skandinavien). Bemerkenswert war, dass die

<sup>1</sup> Piasecka, „Lithuania“, in: Nations in Transit 2005 (New York 2005).

Exporte mit einem Plus von 21 % deutlich schneller stiegen als die Importe (+16 %). Die Inflation war mit 2,9 % beträchtlich, während die Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres von 7,7 % auf 6 % zurückging. Mit einer durchschnittlichen Lohnsteigerung von fast 8 % scheint die Gefahr einer wirtschaftlichen Überhitzung aber noch nicht gebannt.<sup>2</sup>

Wie bei den EU-Beitrittsverhandlungen vereinbart wurde zum Jahresende 2004 die erste Hälfte des AKW Ignalina (insgesamt neben einem beträchtlichen Export verantwortlich für 80 % der litauischen Energieversorgung) stillgelegt, die andere Hälfte folgt in fünf Jahren, wodurch Litauen zum Energieimporteur werden wird. Die EU wird den Stilllegungsprozess in den nächsten Jahren mit mehr als 1 Milliarde Euro unterstützen.<sup>3</sup>

### **Außenpolitik, Regionalkooperation und Minderheitenpolitik**

Ein unerwartetes Highlight der litauischen Außenpolitik (und ebenso der Europapolitik) bildete die gelungene Vermittlung von Präsident Valdas Adamkus zusammen mit seinem polnischen Kollegen Aleksander Kwasniewski in der „Orangen Revolution“ in der Ukraine. Mehr noch als die EU als Ganzes erkannten die beiden neuen Mitgliedstaaten ein vitales Interesse in einer pro-europäischen Ukraine. Vilnius erwiderte die Entscheidung der neuen Kiewer Regierung, in den Sommermonaten die Visa für EU-Bürger abzuschaffen, umgehend mit Gratisvisa für Ukrainer. Die so entstandene freundschaftliche Verbundenheit mit dem neuen Juschtschenko-Regime in Kiew führte im Mai 2005 zum Beschluss der drei Nachbarn, ein gemeinsames Friedensbataillon und eine interparlamentarische Versammlung ins Leben zu rufen. Litauen zeigte seine außenpolitischen Ambitionen innerhalb der EU auch als Fürsprecher von Belarus und Unterstützer der (Exil-)opposition gegen Lukaschenko. Sicherheitspolitisch traute Litauen sich Anfang 2005 sogar die Führung einer NATO-Wiederaufbaueinheit der ISAF-Truppe in der Provinz Ghor im Hindukusch zu.<sup>4</sup> Nach dem NATO- und EU-Beitritt war die Verkleinerung des Ostseerats ein pragmatischer Schritt: Diese parlamentarische Versammlung soll vor allem die politische Koordination der Balten innerhalb dieser beiden internationalen Organisationen dienen.

Mangels russischsprachiger Nichtstaatsbürger und mit dem ratifizierten Grenzvertrag von 2003 (vgl. Estland und Lettland) war das Verhältnis zu Russland relativ unbelastet. Die Versuche der politischen und wirtschaftlichen Einflussnahme durch den großen Nachbarn prägten jedoch die litauische Politik. Die Weigerung des Präsidenten, an der Siegesfeier zum 60. Jahrestag des Kriegsendes in Moskau teilzunehmen, führte zu Drohgebärden: Während auf die theoretischen Gebietsansprüche Estlands und Lettlands mit der Drohung reagiert wurde, die Besatzungskosten in Rechnung zu stellen, wurde auf Litauens Verurteilung der Sowjetzeit als Fremdherrschaft mit der Drohung reagiert, dessen Nachkriegsgebietszugewinne (d.h. die Klaipeda-Region) in Frage zu stellen. Russland reagierte ebenso unwirsch auf die Eingliederung der Baltnet-Luftraumüberwachung in die NATO-Luftverteidigung im April 2004.<sup>5</sup> Außerdem drohte Litauen in die russische Innenpolitik verwickelt zu werden, als Moskau im Frühjahr 2005 im Rahmen des Yukos-Prozesses versuchte, die Hand auf deren Anteile (53,7 %, 40,6 % gehören dem litauischen Staat) an der Mazeikiu Nafta Raffinerie zu legen. Ähnlich wie 2000-2002 drohte Lukoil, die Öllieferungen zu stoppen und die Raffinerie damit nahezu wertlos zu machen.<sup>6</sup>

2 Wirtschaftsministerium Litauen, [www.ukmin.lt/index.php/en](http://www.ukmin.lt/index.php/en); Statistikamt Litauen, [www.std.lt](http://www.std.lt); FAZ Länderanalyse Litauen (Okt 2004).

3 Eurasia Daily Monitor 2/7 (11.01.2005).

4 ELTA (31.01.2005).

5 RFE/RL-Newsline (05.04.2004).

6 RFE/RL-Newsline (01.07.2005); Eurasia Daily Monitor 2/14 (20.01.2005).